

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/90

12. Mai 1971

EWG-Integration wird erfolgreich fortgesetzt

Neue konstruktive Ansätze durch die deutsche
Politik

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Union zur Regierungsverantwortung nicht
befähigt

Notwendiges Nachwort zur währungspolitischen
Bundestagsdebatte

Seite 3 / 44 Zeilen

Zonenrandförderungsgesetz gewinnt Gestalt

Interfraktionelle Arbeitsgruppe schloß ihre
Beratungen ab

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB
Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses und
der Arbeitsgruppe Zonenrandgebiet

Seite 4 und 5 / 95 Zeilen

Kampf gegen Luftverschmutzung wird aktuell (1)

Eines der ärgsten Grundübel unserer modernen
Zeit

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend/Familie/Gesundheit

Seite 6 und 7 / 67 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 885 548 1888 8471
890 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

EWG-Integration wird erfolgreich fortgesetzt

Neue konstruktive Ansätze durch die deutsche Politik

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender des SPD-Bundestagsfraktion

Die Stabilitätspolitik der sozialliberalen Koalition leistet auch einen Beitrag zum Abbau der Währungsspekulation und dem Abbau der Preissteigerungen in Europa. Ihre Politik ist in den Zusammenhang der von ihr bewußt übernommenen europäischen Verpflichtungen eingebunden. Das wird daran deutlich, daß wir die Freigabe der Wechselkurse erst aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des EWG-Ministerrates vorgenommen haben, daß wir innerhalb wie außerhalb der EWG mit unseren währungspolitischen Maßnahmen nicht allein stehen, und daß wir die notwendigen flankierenden Maßnahmen für die Landwirtschaft auf Beschluß des EWG-Agrarrates durchführen.

Der Erfolg der europäischen Integration hängt nicht zuletzt von dem europäischen Engagement unserer Völker ab. Europa kann nicht gegen den Willen seiner Bürger geschaffen werden. Die EWG war und ist in Gefahr, in den Augen vieler Menschen zu einer Inflationsgemeinschaft zu werden und an Wert zu verlieren. Unsere Maßnahmen haben allen Partnern in der EWG, aber auch unserer Bürger deutlich gemacht, daß die Bundesregierung, unterstützt von den europäischen Partnern, diese Gefahr bannen will.

Der Ministerratsbeschluß und die anschließend eingeleiteten nationalen Maßnahmen machen deutlich, daß sich die autonomen nationalen politischen Kräfte, trotz gegenteiliger Behauptungen mancher Betroffener von der sogenannten Gefährdung der Gemeinschaft, an einer EWG-Kette befinden, die ihren Spielraum deutlich einengt. Durch den Beschluß des Ministerrates sind erste Pfeilöcke für die Wirtschafts- und Währungsunion eingeschlagen worden. Die nationale Autonomie in der Währungspolitik geht unwiderruflich ihrem Ende entgegen. Umso drängender werden wirksame gemeinsame Mechanismen.

Die aktuelle europäische Debatte macht jedermann überdeutlich, daß alle EWG-Staaten vor einer eindeutigen Alternative stehen: Es kann die bisherige Politik der Brüsseler Krisenkonferenzen ohne den echten Durchbruch nach vorn durchgesetzt werden. Dabei wird

aber ständig deutlicher,

- daß die technokratischen Brüsseler "Meisterwerke" immer weniger den Belastungen der Wirklichkeit standhalten,

- daß Wirtschaftspolitik ein Teil der Gesamtpolitik ist und die zunehmende politische Zusammenarbeit und Integration der EWG-Länder unabweisbar ist, und

- daß es eine gemeinsame Währungspolitik ohne die echte Wirtschaftsunion der EWG-Länder nicht geben kann. Gerade auf diesen Zusammenhang hatte Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller bei der Diskussion des Werner-Plans immer wieder hingewiesen.

Die notwendige Alternative dazu ist, daß die Gemeinschaft endlich zu einer echten gemeinsamen Politik findet. Im Bereich der Währungspolitik verlangen die internationalen Probleme der Bewertung des Dollars wie der bevorstehende britische EWG-Beitritt gemeinsame Beschlüsse. Sie hätten im Ministerrat gefaßt werden können. Das deutsche Angebot war umfassend und selbstlos. Der Beschluß des EWG-Ministerrats wie die weiterhin bestehenden Probleme des internationalen Dollar-Marktes lassen einen neuen Ansatz für gemeinsame Beschlüsse im Bereich der Währungspolitik zu einem späteren Zeitpunkt möglich erscheinen.

Die EWG erörtert in diesen Tagen in einer abschließenden Phase die Modalitäten des britischen EWG-Beitritts. Auch dabei spielen Währungsfragen auf Drängen der französischen Regierung eine zentrale Rolle. Insofern hat die Sitzung des EWG-Ministerrates am letzten Sonntag nur unterstrichen, daß alle Währungsfragen europäische Antworten verlangen. Der britische EWG-Beitritt ist durch die Beschlüsse des Ministerrates vom letzten Sonntag weder erschwert noch erleichtert worden. Europa sieht heute seine Probleme noch deutlicher. Das gilt auch für den britischen EWG-Beitritt. Die in Brüssel in diesen Tagen verhandelnden Minister sind sich ihrer Verantwortung für Europas Zukunft augenscheinlich bewußt.

Die EWG hat bisher echte Fortschritte nur aus krisenhaften Zuspitzungen eigener Schwierigkeiten und fehlender Lösungswege erreichen können. Die europäische Solidarität und das Aufeinanderangewiesensein der europäischen Völker hat die Zukunft der Gemeinschaft immer wieder gesichert. Das Werk der EWG-Integration wird erfolgreich fortgesetzt werden. Der EWG-Vertrag fordert die supranationale Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft, die die Organe der EWG zu einheitlichen, sachbezogenen und vor allem rechtzeitigen Entscheidungen veranlaßt. Die deutsche Politik hat dazu in Brüssel neue konstruktive Ansätze geliefert.

(-/ex/12.5.1971/ks)

+ + +

Union zur Regierungsverantwortung nicht befähigt

Notwendiges Nachwort zur währungspolitischen Bundestagsdebatte

Die Unionsparteien haben sich in der währungspolitischen Debatte im Bundestag nicht mit Ruhm bedeckt. Sie scheuten sich, Farbe zu bekennen; stattdessen nahmen sie Zuflucht zu Unverbindlichkeiten, die sich im Nebel verloren. Die Sprecher der Oppositionsparteien standen nicht nur auf unsicherem, sie standen auch auf schwankendem Boden. Die Unfähigkeit der Unionsparteien, wieder der Regierungsverantwortung zu tragen, trat während dieser Debatte eindeutig zu Tage. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien beherrschten das Feld.

Die von Brandt/Scheel geführte Bundesregierung hat in einer Lage, die Kraft und Entschlossenheit abverlangte, entschieden gehandelt. Alle Energien sind nun darauf ausgerichtet, die Stabilität zurückzugewinnen, dem Bürger die Furcht vor Inflation zu nehmen, kein Spiel um die Sicherheit von Arbeitsplätzen zuzulassen und den Weg für eine Verdichtung der europäischen Zusammenarbeit freizuhalten. Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller, in den letzten Monaten oft Zielscheibe ungerichteter Kritik, hat das Steuer fest in der Hand und das ganze Kabinett steht hinter ihm.

Man darf mit Gewißheit annehmen, daß nun ein Aufatmen durch unser Volk geht. Es sieht eine Regierung am Werke, die weiß, was sie will, und die sich nicht scheut, eben weil es das Wohl des Ganzen gebietet, auch Opfer zu verlangen und zunächst Unpopuläres zu tun. Die auf dem Gebiet der Absicherung gegen außenwirtschaftliche Gefahren gefaßten Beschlüsse haben ihr auch internationalen Zuspruch und Ermunterung eingebracht. Wer zu Hause den Prozeß der Geldentwertung eindämmt und alle Bemühungen auf die Sicherung der Stabilität konzentriert, wirkt auch belebend nach außen hin. Überlegungen, wie die Inflation international zu bekämpfen sei, nehmen zu und fördern damit den internationalen Zusammenhalt. Ein Europa der Inflation würde antieuropäische Effekte und Verhaltensweisen erzeugen.

Die Mitwirkung der Unionsparteien besteht in Abstinenz, Ratlosigkeit und Mangel an Alternative. Nicht ein einziger konstruktiver Vorschlag - sieht man von der Unterstützung Dr. Barzels für den Appell des Bundeskanzlers an die Sozialpartner ab - war in dieser auch deshalb so bemerkenswerten Debatte von ihnen zu vernehmen, aber dafür in reichlichem Ausmaß Nörgelei und Kleinkariertheit. Parteitaktik ersetzt keine Sachlichkeit, und erfolgt sie gar auf deren Kosten, dann ist es umso schlimmer um eine Opposition bestellt, der Verdienste in früheren Jahren nicht abzusprechen sind. Der für die Union schmerzliche, für unser Volk aber notwendig gewesene Regierungswechsel in Bonn beließ die Unionsparteien in einem Zustand, der lähmend auf sie wirkt. Er macht sie noch für lange Zeit unfähig, Regierungsverantwortung zu tragen, wissen sie doch auch mit einem heimgeholten Strauß nicht, wie sie damit fertig werden sollten. (ae/fh/12.5.1971/bgy)

+ + +

Zonenrandförderungsgesetz gewinnt Gestalt

Interfraktionelle Arbeitsgruppe schloß ihre Beratungen ab

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses und der
Arbeitsgruppe Zonenrandgebiet

Seit 1953 gibt es eine Zonenrandförderung von Bund und Ländern. Die früheren Bundesregierungen hatten es immer wieder abgelehnt, dem Wunsche der Wirtschaft des Zonenrandgebietes, der kommunalen Spitzenverbände und der Gewerkschaften zu entsprechen, diese Zonenrandförderung gesetzlich zu fixieren. Lange Jahre blieben die im Rahmen des Regionalen Förderungsprogrammes für das Zonenrandgebiet bereitgestellten Mittel auf demselben Stand. Erst Herbstbereisungen des Zonenrandgebietes im Jahre 1964 durch den damaligen Gesamtdeutschen Ausschuß unter dem Vorsitz Herbert Wehners führten zu einem grundlegenden Wandel der Zonenrandförderung. Ein gemeinsamer Beschluß der drei Bundestagsparteien vom Dezember 1964 schuf eine Art "magna charta" der Zonenrandförderung, die die bis dahin recht mäßige Hilfe des Bundes für die Nahtlinie der beiden Deutschland erheblich aktivierte.

Die Rezession der Jahre 1966/67 hat das Zonenrandgebiet wegen seiner peripheren Lage besonders hart getroffen. Die Zahl der Betriebsschließungen, besonders von Zweigbetrieben, wuchs alarmierend. Tausende von Arbeitsplätzen gingen verloren. Die Bundesregierung schuf ihre Regionalen Aktionsprogramme, die zwar nicht das Zonenrandgebiet allein, aber immerhin den weitaus größten Teil dieses Gebietes erfaßten. Mit ihrer Hilfe konnten allein im Jahre 1969/70 im Zonenrandgebiet über 70.000 neue industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden und, wie z.B. in Nordhessen, nicht nur die frühere Zahl der Industriebeschäftigten erreicht, sondern sogar noch um 10.000 Arbeitsplätze überschritten werden.

Die Erfahrungen der Rezessionszeit, Klagen einzelner Unternehmen wegen der steuerlichen Sonderabschreibungen und die gesetzliche Abdeckung der Zonenrandförderung gegenüber der EWG machten jedoch die Schaffung eines Zonenrandförderungsgesetzes unerlässlich. Die SPD hatte schon in ihrem Zonenrandförderungsprogramm von 1965, das wesentlich unter dem Einfluß Herbert Wehners entstanden war, ihre Vorstellungen von einem solchen Gesetz präzisiert. Die CDU/CSU, von den Überlegungen der Bundesregierung zur Schaffung eines solchen Gesetzes über die ihr zugänglichen Kanäle rechtzeitig informiert, legte als Oppositionspartei einen Gesetzentwurf vor, der sich im wesentlichen an den Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände und der Industrie- und Handelskammern orientiert hatte und teilweise sogar wörtlich Formulierungen aus Gesetzesvorschlägen dieser Organisationen übernahm. Schwerpunkt dieser Vorlage war eine breitangelegte Wirtschafts- und Industrieförderung. Hilfe für die Arbeitnehmer und Förderung der Infrastruktur waren in dieser Gesetzesvorlage nur insoweit vorgesehen, als sie sich aus der

Wirtschafts- und Industrieförderung zwangsläufig ergaben.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf brachte neben der Einführung einer Prosperitäts-Verlust- und Konzernklausel auch eine Ausklammerung der Landwirtschaft und der freien Berufe, da man deren staatliche Förderung auch für das Zonenrandgebiet als ausreichend ansah. Als weiteren Fortschritt enthielt der Regierungsentwurf die Bereitstellung von 90 Millionen DM zusätzlich zur bisherigen Zonenrandförderung, die in erster Linie für Zwecke der Rehabilitation, der Familienerholung, des Baues von Jugendbildungs- und Begegnungsstätten, der Sportförderung, der Altenfürsorge und des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt wurden. Die Förderung der Schaffung von Verkehrsverbänden und die Verbesserung der Beihilfen für Schulen und Kindertagesstätten rundete den Regierungsentwurf ab.

Die Bayerische Landesregierung hatte vor den bayerischen Landtagswahlen ihrerseits noch über den Bundesrat einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der die beiden Gesetzentwürfe von Regierung und Opposition zusammenzufassen versuchte und noch um die Schaffung eines Arbeitnehmerfreibetrages anreicherte. Damit entstand wohl der weitestgehende Gesetzentwurf, seine Verwirklichung aber hätte jede Finanzplanung gesprengt. Die Goppel-Regierung blieb denn auch mit diesem Entwurf im Bundesrat allein und zog ihn nach den bayerischen Landtagswahlen sang- und klanglos wieder zurück.

Der Innerdeutsche Ausschuss des Bundestages hatte also nur die beiden Entwürfe von Regierung und Opposition zu behandeln. Nach der in den Zonenrandfragen bisher geübten innerparteilichen Zusammenarbeit wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe mit dem Ziel gebildet, eine von allen drei Parteien zu tragende gemeinsame Gesetzesgrundlage zu schaffen. Unter dem Vorsitz des CSU-Abg. Hösl und unter seinem Mitberichterstatter, dem SPD-Abg. Zebisch, wurde dann in monatelanger zäher und harter Arbeit, ausgehend vom Regierungsentwurf und unter Übernahme von Teilen des Oppositionsentwurfes, unter ständiger aktiver Beteiligung des bei diesem Gesetzentwurf federführenden Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und Wohnungsbau sowie weiterer Ressorts ein Kompromiß ausgehandelt, der alle wesentlichen Elemente der bisherigen Zonenrandförderung fixiert, aber darüber hinaus noch eine Reihe nicht unerheblicher Verbesserungen für die dortige Bevölkerung bringt. Die Fortschritte des Regierungsentwurfes blieben ungeschmälert erhalten. Die Konzernklausel wurde gestrichen. Mit der Horeinnahme der Landwirtschaft und der freien Berufe blieb es bei der bisherigen Regelung. Bei aller Beseitigung des Gießkannenprinzips in der Zonenrandförderung wurde die bei der besonderen Situation des Raumes nicht zum ungehende Flächenförderung offen gehalten. Die Zonenrandförderung wurde an das Gemeinschaftsaufgabengesetz angepaßt und doch so abgestützt, daß ihre besondere Bedeutung respektiert ist. Also ein fairer und tragbarer Kompromiß, um dessen Zustandekommen sich sowohl der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der Abg. Hösl, als auch vor allem der Parlamentarische Staatssekretär im Innerdeutschen Bundesministerium, Karl Herold, besonders verdient gemacht haben.

(-/ee/12.5.1971/ks)

+ + +

(1. Fortsetzung)

Kampf gegen Luftverschmutzung wird aktuell

Eines der ärgsten Grundübel unserer modernen Zeit

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Und wie steht's damit in anderen Gebieten als dem Ruhrgebiet? Darüber gibt es einen Bericht vom niedersächsischen Landesverwaltungsamt, der sich auf ein Gutachten des Bundesgesundheitsamtes stützt, das im Jahre 1959 erstattet worden war. Der Bericht behandelt die Luftverunreinigung in den Räumen von Salzgitter, Offleben und Oker-Harlingerode nach dem Stand von 1956.

Und leider sind die Verhältnisse dort mittlerweile nicht besser geworden, sondern in manchem erheblich schlechter.

Der Bericht gibt an, daß nach den jahrzehntelangen Erfahrungen des Gesundheitsamtes Flugstaub dann als erheblich belästigend im Sinn des Bürgerlichen Gesetzbuches ist, wenn in der vorherrschenden Windrichtung mehr als drei kg Staub im Monatsdurchschnitt auf hundert Quadratmeter Auffangfläche fallen. Das gilt freilich nur, wenn der Staub nicht auch noch giftig ist. Ist er das, so muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß er den Betrieb nicht verlassen kann. Nach diesem Gutachten des Bundesgesundheitsamtes sollten die Behörden dann eingreifen, wenn auf der Stelle höchsten Staubfalles außerhalb des Werksgeländes im Monatsdurchschnitt mehr als drei kg ungiftigen Staubs auf 100 Quadratmeter fallen. Das Gutachten sagt aber auch, daß dieser gerade noch für zumutbar gehaltene Staubfall "nicht selten erheblich überschritten wird". So wurde z.B. in der Hauptwindrichtung großer Braunkohlenkraftwerke bis in Entfernungen von etwa einem Kilometer - auf 100 Quadratmeter Auffangfläche umgerechnet - monatlich Staubniederschläge von 16 kg gemessen.

Ein Teil des bewohnten Gebietes im Raum von Salzgitter, insbesondere der nördliche Teil von Watenstedt, liegt innerhalb des Gebietes, wo der Staubfall mehr als drei kg je Monat und hundert Quadratmeter Fläche beträgt. Der Bericht sagt, daß es in

diesem Gebiet nicht ratsam zu wohnen sei, ja es erscheine "nicht einmal der Neubau von Bereitschaftswohnungen angezeigt". In einem Gebiet um Salzgitter-Hallendorf und Watenstedt herum, das in Nord-südrichtung etwa sieben Kilometer lang und in Ost-westrichtung ungefähr sieben bis zehn Kilometer breit ist, sollten nach den Vorschlägen des Gutachtens neue Wohnsiedlungen überhaupt nicht errichtet werden.

Ganz ähnlich sehen die Ergebnisse der Untersuchungen für die Gebiete von Offleben und Oker-Harlingerode aus, nur daß es dort auch noch zu deutlich nachweisbaren schädlichen Wirkungen auf die Pflanzenwelt kommt. Zweige sterben ab, das Laub verfärbt sich schon im Frühsommer weiß oder rotbraun und es fällt schon im Sommer ab. Nutzpflanzen und andere bleiben im Wachstum zurück. Der sehr vorsichtig abgefaßte Bericht stellt "nachteilige Beeinflussung" der Pflanzenwelt durch die Industrieabgase in Offleben bis zu einer Entfernung von etwa 800 Metern vom Werksgelände fest. In der Nähe des Werksgeländes bis zu 400 Metern ist der Gehalt an säurehaltigen Abgasen, vor allem an Schwefelverbindungen in der Atemluft "sehr beträchtlich". Und es riecht anderthalb Kilometer weit nach Schwefelwasserstoff. Außerdem ist Staubefall bis zu über fünf kg je Monat auf hundert Quadratmeter Fläche 1956 festgestellt worden, und mittlerweile hat eines der Werke seinen Staubauswurf auf das anderthalbfache vergrößert. Dem Bericht ist eine Karte beigelegt, auf der das Gebiet eingezeichnet ist, in welchem nach dem Gutachten des Berichtes keine neue Wohnsiedlungen gebaut werden sollten. Das Gebiet umfaßt die gesamte Fläche der Ortschaften Offleben, Alversdorf und Reinsdorf.

Im Raum Oker-Harlingerode machen Schwefelverbindungen den Hauptanteil an der Luftverunreinigung aus, Rauchschwaden kommen bis zu vier Kilometer von der Blei-Kupfer-Hütte in Oker vor, eine chemische Fabrik verpestet durch Schwefelwasserstoff die Luft, zeitweise vom Werk aus bis über anderthalb Kilometer Entfernung weit. Der Staubfall ist gering, aber er ist giftig, denn er enthält Zink, Blei und Arsen. Ein Gebiet, das etwa drei mal fünfeinhalb Kilometer Fläche umfaßt, erklärt das Gutachten für ungeeignet für den Bau neuer Wohnsiedlungen. Dieses Gebiet umfaßt das Dorf Harlingerode vollständig und die Gemeinde Oker zum größeren Teil.

(2. Fortsetzung und Schluß folgt am 13.12.1971)